

Sofortmaßnahmen für eine sichere Gesellschaft

Der Rechtsextremismus in Deutschland ist völlig enthemmt. Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ziehen sich wie ein Gift durch unsere Gesellschaft. Durch eine breite rechtsextreme Bewegung wird es über alle ihr zugänglichen Kanäle bis hin zum Parlament weiterverbreitet. Menschen mit Migrationshintergrund, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden und alle Menschen, die nicht in das menschenfeindliche Weltbild von Rechten passen, fühlen sich aktuell nicht mehr sicher.

In die Trauer um jedes einzelne Opfer dieses rechten Terrors mischt sich Wut. Wut darüber, dass es mit den Mordanschlägen von Hanau wieder zu einer schrecklichen Tat gekommen ist. Wut darüber, dass das Ausmaß des gesellschaftlichen Rassismus und die Dimension rechtsterroristischer Bedrohung trotz aller Taten und Warnungen viel zu lange kleingeredet wurde.

Es gab in den 90er Jahren die furchtbaren Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen, in Mölln und in Solingen. Der NSU mordete jahrelang unerkannt und enttarnte sich selbst im Jahr 2011. Die Ermordung von Walter Lübcke liegt kein Jahr zurück, die Attentate von Halle nur wenige Monate. Die Eskalation aus Anfeindungen, Bedrohungen und rechtem Terror spitzt sich immer weiter zu.

Alle Menschen müssen sich in Deutschland sicher fühlen können. Dafür braucht es die klare Haltung: Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss in jeder Situation entschieden widersprochen werden. Und dafür braucht es ein entschiedenes Handeln jetzt und den Aufbau wirksamer, neuer Strukturen.

Für schnelle Verbesserungen sind die folgenden politischen Sofortmaßnahmen nötig:

- **Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Krisenstab einzurichten.** Dieser Krisenstab muss alle relevanten Akteure aus Regierung, Parlament, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen. Ein Quantensprung in der Analysefähigkeit der gegenwärtigen Bedrohungslage durch Rechtsextremismus ist gefordert. In Zivilgesellschaft und Wissenschaft existiert ein großes Potenzial an Wissen und Ideen. Diese Ressourcen blieben bisher vollkommen ungenutzt. Daneben muss im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) ein Ad-hoc Konzept zur systematischen Bewertung aller bestehenden Verdachtsfälle im Bereich Rechtsterrorismus entwickelt werden. Die nur geringe Anzahl von festgestellten Gefährdern muss mit Blick auf die hohe rechtsextremistische Gefährdungslage dringend überprüft werden.
- **Wir fordern die Einrichtung eines oder einer Beauftragten gegen Rassismus.** Dies ist ein wichtiges Signal dafür, wie ernst die Bedrohung genommen wird. Diese/r Beauftragte muss entschieden alle Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus in jeglicher Form, auch anti-muslimischen Rassismus, wirksam bündeln. Ziel muss es sein, die Gesellschaft mit geeigneten Angeboten für aktuelle und historische Formen des Rassismus zu sensibilisieren.

- **Wir fordern eine verlässliche und dauerhafte Demokratieförderung.** Die Bundesregierung überlässt die dringend erforderlichen Projekte und Präventionsangebote großer finanzieller Unsicherheit, indem sie deren Finanzierung auf wackeligen Füßen lässt oder gar ganz beendet. Es braucht dauerhafte und umfangreiche finanzielle Förderungen für Projekte und Organisationen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einsetzen.
- **Wir fordern eine wirksame Verschärfung des Waffenrechts.** Auch nach den jetzt in Kraft getretenen Veränderungen ist es für Sportschützen möglich, sowohl Waffen als auch Munition zuhause zu lagern. Hier sollte eine Trennung vorgenommen werden. Munition sollte nur dort sicher gelagert werden, wo auch geschossen werden darf. Außerdem reichen die bisherigen Zuverlässigkeitsprüfungen nicht aus. Sicherheitsbehörden, Waffenbehörden und Gerichte müssen gesetzlich verankert im Austausch stehen. Es darf nicht sein, dass relevante Informationen nicht bei den Waffenbehörden ankommen.
- **Wir fordern die Bundesregierung auf, besonders gefährdete Einrichtungen finanziell bei notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu unterstützen.** Es ist unmöglich, jeden potenziellen Anschlagort in Deutschland zu sichern. Aber besonders gefährdete Einrichtungen wie Moscheen und Synagogen dürfen mit den Kosten für Schutzmaßnahmen nicht allein gelassen werden. Der Bund sollte daher notwendige Sicherheitsmaßnahmen finanziell unterstützen und weitere Maßnahmen im Rahmen der Innenministerkonferenz mit den Ländern auf den Weg bringen.
- **Wir fordern ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung.** Mithilfe des Instituts soll die Expertise aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft dauerhaft in die Analysen des Bundesamts für Verfassungsschutz einfließen und nutzbar gemacht werden. Zu diesem Neustart des Verfassungsschutzes gehört auch eine lückenlose Aufklärung möglicher Versäumnisse unter dem ehemaligen Präsidenten Hans-Georg Maaßen und inwieweit diese möglicherweise noch heute fortwirken.

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende

Dr. Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender

Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Dr. Irene Mihalic, Sprecherin für Innenpolitik

Dr. Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Filiz Polat, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik